

Lisa GÖBBELS (ProDG)
PDG, 23. Mai 2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Dokument 164 (2021-2022) Nr. 4

RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DIE FÖDERALREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ZUR SICHERSTELLUNG QUALITATIV HOCHWERTIGER UND LOKALER BANKDIENSTLEISTUNGEN

Stellungnahme der ProDG-Fraktion

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament

„Zeit ist Geld“ pflegt man zu sagen und in unserer schnelllebigen Gesellschaft meistens auch zu leben.

Die Frage, die sich in Anbetracht der heute vorgebrachten Resolution stellt, ist die Genitiv-Frage, welche – so hat man manchmal den Eindruck - aus unserem Sprachgebrauch zu verschwinden droht. Nämlich: Wessen Zeit und vor allem wessen Geld?

Mir ist bewusst, dass es in dem von der CSP eingereichten Resolutionsvorschlag vorrangig nicht um den Erhalt des Bargeldes als Solches geht. Aus denselben Gründen geht es für uns auch heute nicht darum, eine Diskussion über Bargeld zu führen. Dennoch haben die Anhörungen von Test Achat und Financité im Ausschuss II und die anschließenden Diskussionen, an denen sich unsere Fraktion gerne konstruktiv beteiligt hat, diesbezüglich einige grundlegende Erkenntnisse zu Tage gebracht. Wir sind erfreut darüber, dass unser Vorschlag diese in die Erwägungen zu integrieren, einstimmig angenommen wurde. Da diese wiederum die allgemeine Wichtigkeit der eigentlichen Zielsetzungen der Resolution unterstreichen, erlaube ich mir trotzdem einige Feststellungen auszuführen.

Zuerst möchte ich erwähnen – und gerne zugeben, dass man hier, wenn man im Bildungswesen tätig ist, ein wenig vorbelastet ist – wie wichtig die konkrete

Manipulation von Bargeld für jeden von uns ist. Der Bericht von Test Achat untermauert diese Relevanz zur finanziellen Bildung.

Teilweise widersprüchlich dazu war eine weitere Feststellung, nämlich dass der alltägliche Gebrauch von Finanzmitteln auch eine Frage der Kultur ist. Im Bericht von Financité wurde ersichtlich, dass Bargeld in den Niederlanden allgemein viel weniger genutzt wird und es somit dort auch seit Jahrzehnten schon viel weniger Geldautomaten gibt. Ob dies nun im Umkehrschluss bedeutet, dass Niederländer einen weniger realistischen Bezug zu Geld haben, wage ich zu bezweifeln. Den Umfragen von Testachat zufolge kann man aber nicht bezweifeln, dass die erzwungene Verringerung von Bargeldnutzung nach Beispiel unseres Nachbarlandes schlicht und einfach nicht zum belgischen Usus zu passen scheint.

Um den kulturellen Vergleich fortzuführen, ist das Beispiel von Schweden erwähnenswert. Hier kann man in den Analysen von Financité beobachten, dass lange Zeit genau diese Praktiken unterstützt worden sind, um eine Gesellschaft ohne Bargeld anzustreben. Mittlerweile rudert Schweden aber wieder zurück, weil es seine Wirtschaft nicht ausschließlich von der Finanzwelt abhängig machen und besser gegen Cyber-Attacken gewappnet sein möchte. Nicht zuletzt haben die Bilder aus Russland bestätigt, dass Bargeld den Menschen in Krisenzeiten Sicherheit gibt, ja wahrlich resistenter macht.

Und genau da wird es unseres Erachtens für uns als Parlament interessant: Wenn es den Schweden durch gesetzliche Begleitung gelungen ist zurückzurudern müssen wir das doch auch möglich machen können, zumal wir nicht wirklich zurückrudern, sondern die Banken lediglich dazu bringen müssten den Kurs zu wechseln!

Warum dieser Kurswechsel erforderlich ist und diese Resolution somit unser aller Unterstützung verdient?

Die Landkarte der Bankautomaten und Anlaufstellen befindet sich – wie wir alle wissen - aktuell in einer Umgestaltungsphase. Verschiedene Banken haben sich zusammengeschlossen, um die Projekte Jofico und Batopin ins Leben zu rufen, die neutrale und übergreifende Angebote entstehen lassen sollen. Erschreckend dabei ist, dass bei beiden Projekten laut Financité keinerlei Konzertierung mit den Betroffenen oder den zuständigen Instanzen und Behörden stattgefunden hat. Und auch wenn, zumindest bei Jofico, die Reduzierung der Bankautomaten als Solche nicht als Zielsetzung angegeben

wird, ist in den Plänen von Batopin ersichtlich, dass sie sich an den Zahlen der Niederlande orientieren, die ja aus den eben genannten Gründe ohnehin unglaublich niedrig sind.

Die gute Nachricht: Auch wenn die Initiativen schon in der Umsetzungsphase sind, ist es, wie gesagt, noch nicht zu spät, um diese durch politische Maßnahmen den Bedarfen der Verbraucher anzupassen.

Es ist noch nicht zu spät, um die digitale Kluft durch eine Kombination physischer und digitaler Angebote zu überwinden. Diese scheint der belgischen Kultur zu entsprechen und bietet zudem viele Vorteile für unser gesellschaftliches und wirtschaftliches System. **Dazu ist es sicherlich auch erforderlich, dass die steuerlichen Bedingungen innerhalb der neun DG-Gemeinden und evtl. mit Nachbargemeinden vereinheitlicht werden, sodass Gemeindegrenzen für Banken keine Rolle mehr spielen, um den passenden Ort für eine Anlaufstelle auszuwählen.**

Es ist noch nicht zu spät, um sowohl im Zuge der Batopin und Jofico-Initiativen, als auch der Übernahme von BPost durch Fortis neuverteilte Geräte zu bevorzugen, die erweiterte Bankdienstleistungen anbieten. Diese Forderung nach einer Erweiterung der Ausstattung möchten wir besonders begrüßen.

Was die Übernahme von BPost durch Fortis angeht, ist unseres Erachtens nach, besondere Vorsicht geboten. Es ist unausweichlich deren Verpflichtung der öffentlichen Kompensierung aufrechtzuerhalten, Geldautomaten in Gemeinden zu unterhalten die keine Bankfiliale mehr haben.

Laut eines Artikels der RTBF vom 11. März möchte Fortis zwar die BPost-Anlaufstellen nutzen, um eben gerade die Kunden bedienen zu können, die nicht digital unterwegs sind oder den direkten Kontakt bevorzugen. In den Planungen ist aber jetzt schon vorgesehen, dass zum 1. Januar 2024 nur noch 880, statt der aktuellen 1043 Anlaufstellen beider Institute zusammen, existieren werden.

In ihrer Stellungnahme spricht Test Achat davon, dass „die Banken in diesem Anliegen eine gesellschaftliche Rolle ausüben hätten“. Ich würde einen Schritt weiter gehen und behaupten, dass es nicht nur eine Rolle, sondern eine **Pflicht** ist. Man sollte doch eigentlich erwarten dürfen, dass es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand ist, die Mängel eines privatwirtschaftlichen Angebotes auszugleichen. Denn das, was hier gefordert wird, betrifft nicht nur

einen - sei es finanziell oder digital - vulnerableren Teil unserer Gesellschaft oder gar meine Großeltern, es betrifft sämtliche Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Es betrifft unser aller Grundrecht auf Zugang zu Geld, einem öffentlichen Gut, und unser Grundrecht auf Selbstbestimmung. Und deswegen zeigt diese Resolution, dass es noch nicht zu spät ist, um zu verhindern, dass das Monopol der Banken und die Digitalisierung von Bankdienstleistungen dazu führen, dass Bürger davon abgehalten werden, ihre Geldgeschäfte autonom zu verwalten.

Auffällig ist, dass es zahlreiche andere parallele Initiativen gibt, die diesbezügliche Forderungen laut werden lassen. Es ist es also noch nicht zu spät, aber anscheinend auch nicht selbstverständlich, die Chancen, die im Rahmen von Umstrukturierungen entstehen, kohärent, transparent, logisch und gemeinsam/neutral zu nutzen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Ich gebe gerne zu, dass die Welt der Banken nicht die Meine ist.

Der Kundenservice meiner Bank ist für mich ausreichend und die Kontaktaufnahme und Beratung ist zufriedenstellend. Laut der Beschreibung von Test Achat falle ich in das Beuteschema des „Idealkunden“ einer Bank – mit Smartphone, Computer, funktionierender Internetverbindung und den entsprechenden digitalen Kompetenzen. Aber wenn selbst die „Idealkunden“ sich nicht nur bei Privatangelegenheiten, sondern auch zum Beispiel bei Bankgeschäften, die man im Namen einer Vereinigung tätigt – gerade im Zuge der aktuellen Anpassungen der Gesetzgebung der VOGs – manchmal fühlt, wie Jane und Michael im Film „Mary Poppins“, dann darf man die Effizienz der **Dienstleistungen** im Bankwesen doch klar in Frage stellen. Die Genitiv-Frage nach dem Geld und der Zeit hatte ich Eingangs aufgeworfen und möchte sie abschließend beantworten mit der Zielsetzung, dass jeder Belgier, aber in unserem Sinne vor allem jeder Ostbelgier, räumlich und zeitlich zugänglich, die Möglichkeit hat, Bankdienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die seinen Bedürfnissen entsprechen.

Ein erster und konkreter Schritt in die richtige Richtung wäre dabei die Errichtung einer solchen Anlaufstelle in der Eupener Unterstadt, wo seit der Flutkatastrophe keine mehr vorhanden ist.

Die ProDG-Fraktion wird diesem Resolutionsvorschlag zustimmen und ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Lisa GÖBBELS (ProDG-Fraktion)

PDG, 23. Mai 2022